



Antrag

des Abgeordneten **Markus Rinderspacher SPD**

EU-Demokratie stärken: Ja zum Spitzenkandidatinnen- bzw. Spitzenkandidatenprinzip

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag lehnt den Personalvorschlag der EU-Staats- und Regierungschefs vom vergangenen Dienstag zur Nominierung der EU-Kommissionspräsidentin ab und sieht das vorangegangene Verfahren mit kritischer Distanz. Dieses entsprach nicht dem europäischen Versprechen von Bürgernähe und Transparenz.

Der Landtag bekennt sich zum Prinzip der Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten und sieht in der Entscheidung des Rates eine Bevormundung des Europäischen Parlaments. Das Ziel, die Wahl des Kommissionspräsidenten bzw. der Kommissionspräsidentin zu demokratisieren und für die europäische Bürgerschaft nachvollziehbarer zu machen, wäre mit dem Vollzug des Personalvorschlags von EU-Ratspräsident Donald Tusk auf längere Sicht gescheitert.

Der Landtag ist überzeugt, dass das Europäische Parlament in seiner Handlungsfähigkeit zu stärken ist, was der Europäischen Union zu einer stärkeren demokratischen Legitimation und Souveränität verhelfen kann.

Die Abgeordneten des Bayerischen Landtags ermuntern ihre Kolleginnen und Kollegen des Europaparlaments, eine selbstbewusste und selbstbestimmte Personalentscheidung für die EU-Kommissionspräsidentschaft zu treffen.

Begründung:

Die Europäische Union (EU) steht vor der wichtigen Weichenstellung, welche Akzeptanz das Europäische Projekt bei den 508 Mio. EU-Bürgerinnen und Bürgern in den kommenden Jahren erfahren wird.

Mit Frans Timmermans, Manfred Weber und Margrethe Vestager waren drei Spitzenkandidatinnen und -kandidaten zur Europawahl angetreten, um die EU-Kommission künftig zu führen. Die Parteienfamilien dokumentierten mehrfach im EU-Wahlkampf, dass diejenige Spitzenkandidatin bzw. derjenige Spitzenkandidat die EU-Kommission künftig führen solle, der bzw. die eine Mehrheit im Europaparlament auf sich vereinigen kann.

Dass nun alle Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten übergangen werden und stattdessen eine Person die Kommissionsspitze übernehmen soll, die gar nicht zur Wahl stand, ist kein politischer Beitrag, neues Vertrauen in europäische Institutionen zu schaffen. Es entspricht dem klischeehaften Vorwurf der „Hinterzimmerpolitik“.